



Antrag

der Abgeordneten **Volker Bauer, Carolina Trautner, Bernhard Seidenath, Eric Beißwenger, Manfred Ländner, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Alfons Brandl, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Gerhard Eck, Matthias Enghuber, Alexander Flierl, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Petra Loibl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Hans Ritt, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesundheitsgefährdung im Feuerwehrdienst minimieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausschüssen für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie für Gesundheit und Pflege über aktuelle Erkenntnisse zur Gesundheitsgefährdung von Feuerwehrleuten, insbesondere zu Gesundheitsrisiken durch Rußverschleppung etwa an der Einsatzkleidung oder der Haut, durch Brandrauch, durch unterbrochenen Schlaf oder durch den durch die Einsätze ausgelösten physischen und psychischen Stress, zu berichten.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, in Form eines Gesamtkonzeptes darzustellen, wie erkannte und belegte Gesundheitsrisiken im und durch den Feuerwehrdienst zuverlässig weiter reduziert und minimiert werden können. Auch hierüber ist den beiden Ausschüssen zu berichten.

Begründung:

Die International Agency for Research on Cancer (IARC), die Internationale Agentur für Krebsforschung, hat kürzlich die Arbeit von Feuerwehrmännern und –frauen als krebs-erregend in der höchsten Kategorie eingestuft. Bislang war die Einstufung „möglichweise krebs-erregend“. Eine kanadische Studie unter Feuerwehrleuten kam 2018 zu dem Ergebnis, dass Krebs mit 86 Prozent die häufigste Todesursache sei und dreimal häufiger auftrete als in der Normalbevölkerung.

Feuerwehrleute sind einer Vielzahl sehr unterschiedlicher schädlicher und krebserregender Stoffe ausgesetzt. Besonders zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang Themen wie Brandrauch und Rußverschleppung. Hinweisen auf insbesondere die Krebsarten Mesotheliom und Blasenkrebs als Folge der Brandbekämpfung sollte bei einer Studie dabei nachgegangen werden. In einer Untersuchung sollten auch Melanome auf der Haut und Hodenkrebs Berücksichtigung finden.

Hinzu kommt, dass Feuerwehrleute im Laufe ihrer in aller Regel ehrenamtlich erbrachten Dienstzeit immer wieder Schlafunterbrechungen hinnehmen müssen sowie physischem und psychischem Stress vor, während und im Nachgang eines Einsatzes ausgesetzt sind.

Im Brandfall sind immer auch Nicht-Atemschutzträger (Aktive kleinerer Freiwilliger Feuerwehren oder auch Führungskräfte) Schadstoffen ausgesetzt, was sich im Laufe der oft jahrzehntelangen Dienstzeit wiederholt. Auch sind in der Regel Gerätschaften mit Schadstoffen nach dem Einsatz belastet und können gegebenenfalls im Alltag nicht in jedem Fall am Einsatzort mit der nötigen Sorgfalt gereinigt werden. Insbesondere freiwillige Feuerwehrleute kehren in der Regel sehr zeitnah wieder zurück zum Arbeitsplatz, wodurch hygienische Maßnahmen zu kurz kommen könnten. Feuerwehrleute setzen sich in ihrem Wirken immer wieder einer Vielzahl von Stoffen aus, die bei der Verbrennung entstehen, etwa polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, flüchtigen organischen Verbindungen, Metallen und Feinstäuben.

Viele dieser Fragestellungen wurden und werden in Studien und anderen Untersuchungen aufgegriffen, um etwa im Bereich Hygiene Ansatzpunkte zu schaffen, wie Abhilfe im Sinne unserer haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte geschaffen werden kann. Nach einem Überblick über die aktuelle Studienlage muss es darum gehen, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes bestehende Lösungen und zukünftige Ansätze zur Minimierung von Gesundheitsrisiken aufzuzeigen. Das Gesamtkonzept soll der Praxis vor Ort die richtigen Werkzeuge an die Hand geben. Der Landtag geht davon aus, dass ein solches Gesamtkonzept im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel erstellt werden kann.